



Gemeinde Niederkrüchten
Der Bürgermeister
Zentrale Dienste, Kultur und Tourismus
Aktenzeichen: 10 23 05

Niederkrüchten, den 10.06.2020

Vorlagen-Nr. 1502-2014/2020
Sachbearbeiter: Hermann-Josef Bonus

öffentlich

Beratungsweg

Rat der Gemeinde Niederkrüchten

23.06.2020

Antrag der Herren Hochheimer und Dr. Küster vom 20. November 2019 auf Beitritt zum ICAN-Städteappell

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 20. November 2019 haben Herr Herbert Hochheimer und Herr Dr. Helmut Küster gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beantragt, die Gemeinde Niederkrüchten möge dem ICAN-Städteappell beitreten, einen entsprechenden Beschluss fassen und in die Liste der Unterzeichner des Apells aufgenommen zu werden. Die weiteren Einzelheiten sind dem beigefügten Schreiben zu entnehmen.

Gemäß § 41 GO NRW ist der Rat grundsätzlich für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zuständig. Beim Thema Verbot von Atomwaffen ist ein kommunaler Bezug nicht erkennbar. Es handelt sich vielmehr um eine Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Bundes fällt.

Der Bürgermeister ist gem. § 48 GO NRW verpflichtet, den vorbezeichneten Antrag gem. § 5 der gemeindlichen Hauptsatzung auf die Tagesordnung zu setzen, da ihm ein materielles Prüfungsrecht insoweit nicht zusteht. Sollte der Rat außerhalb seiner Zuständigkeiten einen Sachbeschluss zum ICAN Städteappell fassen, läge ein rechtswidriger Beschluss vor, den der Bürgermeister gem. § 54 Abs. 2 S. 1 GO NRW zu beanstanden hätte.

Beschlussvorschlag:

Die Anregung der Herren Hochheimer und Dr. Küster auf Beitritt der Gemeinde Niederkrüchten zum ICAN Städteappell wird mangels spezifischem örtlichen Bezug und insoweit wegen fehlender Zuständigkeit des Rates als unzulässig zurückgewiesen.

Finanzielle Auswirkungen:		Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input checked="" type="checkbox"/>	
Es stehen Mittel zur Verfügung:		Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	
PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Sachkonto:		/				
Kosten der Maßnahme in Euro						
Folgekosten in Euro						
Erläuterungen:						
Rechtsgrundlage:	gesetzliche Grundlage	<input type="checkbox"/>	vertragliche Verpflichtung	<input type="checkbox"/>	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheit	<input checked="" type="checkbox"/>

Anlage:

Antrag der Herren Hochheimer und Dr. Küster vom 20. November 2019

In Vertretung

gez. Schippers